

ANNALI  
DI SOCIOLOGIA  
SOZIOLOGISCHES  
JAHRBUCH

18. 2010-2012

IDENTITÀ E CONFINI DELL'EUROPA  
IDENTITÄT UND GRENZEN EUROPAS

a cura di/herausgegeben von  
Max Haller

2014

Associazione Italo-Tedesca di Sociologia  
Italienisch-Deutsche Gesellschaft für Soziologie

c/o Università degli Studi di Trento  
Via Verdi, 26 - 38122 TRENTO - Tel. 0461-281344 - e-mail: annsoc@soc.unitn.it

## Identität und Grenzen Europas

Max Haller

### 1. Allgemeine Überlegungen: Formen und gesellschaftliche Funktionen von Grenzen

Grenzen sind ein Merkmal jeder menschlichen Gemeinschaft, auch von politischen Gemeinschaften. Eine Gemeinschaft ist charakterisiert durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit ihrer Mitglieder (1); es ergibt sich aus langem Zusammenleben und Füreinander-Sorgen. Durch die Bildung einer Gemeinschaft wird definiert, wer Mitglied und wer Nichtmitglied ist; es erfolgt damit auch sozialer Ausschluss. Für politische Gemeinschaften ist die territoriale Begrenzung das entscheidende Merkmal; Staaten sind definiert dadurch, dass die auf einem bestimmten Gebiet lebenden Menschen sich einer einzigen, als legitim anerkannten politischen Gewalt unterwerfen (2).

Grenzbildung steht in engem Zusammenhang mit der Art der Gemeinschaften, die sie definieren. Grenzen können selber gemeinschaftsbildend wirken; aber auch die Art einer Gemeinschaft bestimmt, welche Grenzen sie sich gibt oder für notwendig hält, um ihre Einheit und Identität aufrechtzuerhalten und zu fördern (3). Im Deutschen wurde der Begriff «Grenze» aus dem Slawischen entlehnt; sein Aufstieg zu einem Grundbegriff des sozialen und politischen Vokabulars zeigt, dass es sich hier um ein zentrales neues Phänomen handelt (4).

Wir können drei Formen von Grenzen unterscheiden: geographisch-territoriale Grenzen, politische Grenzen und soziokulturelle Grenzen. Jede dieser Formen steht in einer eigenständigen Beziehung zur Gesellschaft, die sie umgrenzt, und sie beeinflussen einander auch wechselseitig. Ich möchte zuerst einige allgemeine Überlegungen zu dieser Thematik anstellen, und diese dann auf den Kontext «Europa» anwenden.

(1) WEBER 1964, Bd. 1: 29.

(2) WEBER 1964, Bd. 2: 657 f.

(3) Vgl. auch MÜNCH 1993: 15 ff.; Bös 2000; Bös/ZIMMER 2006; EIGMÜLLER/VOBRUBA 2006.

(4) BÖCKLER 2003.

Betrachten wir als Erstes die *geographisch-territorialen Grenzen*. Es gibt zwei Arten solcher Grenzen. *Natürliche Grenzen* liegen vor, wenn ein Gebiet durch schwer überwindbare, große Flüsse und Meere, hohe Gebirge u.ä. abgegrenzt wird. Grenzen dieser Art waren oft ausschlaggebende Ursachen für die Entstehung von Gesellschaften, die sich auch als politische Gemeinschaften konstituierten. Die Insellage ist dafür das bekannteste Beispiel. Stellten früher oft schon kleine Inseln selbstgenügsame politische Einheiten dar (vgl. etwa die Insel Man), so sind im Zuge der technologischen Entwicklung immer größere Inselstaaten entstanden. Das Vorhandensein solcher natürlicher Grenzen hatte oft weitreichende Folgen; es hat nicht nur die Ausbildung einer eigenen Kultur gefördert, sondern Anstrengungen zur Abwehr äußerer Angriffe erübrigt und damit zu einer weniger militaristischen Entwicklung im Innern beigetragen. «Natürliche» Grenzen können aber auch erfunden werden, um politisch motivierte Expansionsgelüste zu legitimieren. Die von italienischen Nationalisten erfundene Brennergrenze als «natürliche» Grenze zwischen Österreich und Italien ist dafür ein gutes Beispiel; historisch und kulturell stellte der Brenner seit der Zeit der Römer eine Verbindung, aber keine Trennung dar; nördlich und südlich davon sprechen die Menschen den gleichen Tiroler Dialekt.

Eine zweite Form von Grenzen lässt sich *wirtschaftsgeographisch* bestimmen<sup>(5)</sup>. Die Grundthese lautet hier, dass Grenzen abhängig sind von den Orten, die sich im geographischen Mittelpunkt eines Gebietes befinden, sie strahlen wirtschaftlich, soziokulturell und politisch auf ihr Umland aus und dominieren es. «Der zentrale Ort gebietet gewissermaßen über ... das ihm zugehörige Umland, er bestimmt dessen Grenzen als die Grenzen seines Einflusses, er erzeugt Gebiet.»<sup>(6)</sup> Die Ränder dieser wirtschaftsgeographischen Einheiten stellen in der Regel aber keine undurchlässigen Grenzen dar, sondern eher *Übergangszonen*, in denen der wirtschaftlich-soziale Verkehr lediglich eine geringere Verdichtung aufweist. Auch für solche Zonen gibt es sprachliche Ausdrücke, wie den alten deutschen Begriff «Mark», oder den italienischen Begriff *confine*; beide Begriffe bringen die Idee zum Ausdruck, dass zwei Eigentümer am Grenzstreifen zwischen ihren jeweiligen Besitztümern gemeinsamen Anteil haben<sup>(7)</sup>. An einer Ausdehnung von wirtschaftsgeographischen Grenzen sind vor allem wirtschaftliche Akteure interessiert, an ihrer eindeutigen Definition politische Akteure.

*Politische Grenzen* – die wichtigste Form von Grenzen, um dies es in diesem Band vor allem geht – werden künstlich und bewusst geschaffen. Ihre Bedeutung und ihre Formen hängen ab vom Charakter des politischen Systems, das sie umgrenzen. Zwei Aspekte sind dabei wichtig. Einer davon ist der demokratische oder

<sup>(5)</sup> CHRISTALLER 1950; HALLER/HÖLLINGER 1995.

<sup>(6)</sup> CHRISTALLER 1950: 5. Der Aufstieg und die Ausdehnung des römischen Reiches erfolgte – durch sukzessive Überwindung von Meeren, Gebirgen und anderen natürlichen Hindernissen – im Zuge der Stärkung seiner Hauptstadt Rom.

<sup>(7)</sup> BÖCKLER 2003: 178, 201.

undemokratische Charakter eines politischen Systems. Je weniger demokratisch, je autoritärer es ist, desto eher wird es seine Grenzen abschließen müssen, um Infiltration unliebsamer Elemente ebenso zu vermeiden wie das Auswandern gesellschaftlich wichtiger sozialer Gruppen. Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistischen Staaten Osteuropas waren dafür gute Beispiele.

Ein anderer Aspekt ist der eher friedliche oder expansive Charakter politischer Gemeinschaften; dieser korreliert auch stark mit ihrer Größe. Die Grenzen von großen, häufig expansiven politischen Gemeinschaften sind in der Regel weniger stabil als jene von kleinen, friedlichen Gemeinschaften. So zeigt eine entsprechende Landkarte von Europa, dass in den vergangenen Jahrhunderten die am längsten unverändert gebliebenen Grenzen jene sind, die Portugal, die Schweiz oder die Niederlande umgeben<sup>(8)</sup>. Dieses Faktum widerlegt die häufig vorgebrachte These, dass Kleinstaaten wie Österreich im Rahmen großer Gemeinschaften und Bündnisse (wie WEU oder NATO) langfristig viel sicherer seien, als wenn sie unabhängige und neutrale Kleinstaaten blieben.

*Soziokulturelle, sprachliche und religiöse Grenzen* interagieren in hohem Maße mit geographischen und politischen Grenzen, wie bereits am Beispiel der Insellage festgestellt. In der Geschichte der europäischen Nationenbildung seit dem 18. und 19. Jahrhundert waren sprachlich definierte Gemeinschaften bis in die jüngste Zeit wichtige Grundlagen für die Gründung politischer Gemeinschaften; dies gilt vor allem für Mittel-, Südost- und Osteuropa. Andererseits haben politische Gemeinschaften meist darauf hingearbeitet, ihre Untertanen auch kulturell zu homogenisieren. Die kulturelle Einheit der *grande nation*, auf die sie so stolz ist, wurde erst durch jahrhundertelange Unterdrückung von Minderheitensprachen erreicht. Noch heute ist Frankreich jenes Mitgliedsland der EU, das sich am stärksten gegen die Verankerung von Rechten für Minderheiten wehrt, wie u.a. auch der Südtiroler Europaabgeordnete Michl Ebner schmerzhaft zur Kenntnis nehmen musste<sup>(9)</sup>. Aber auch wirtschaftliche Integration kann einen Druck auf soziokulturelle Vereinheitlichung ausüben.

Moderne National- und Wohlfahrtsstaaten haben durch die Institution der *Staatsbürgerschaft* eine rechtliche Basis für die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder geschaffen, die den Konnex zwischen politischer und gesellschaftlicher Zugehörigkeit enorm verfestigt; wer in der heutigen Welt keine Staatsbürgerschaft besitzt, gehört zu den rechtlosesten und ausgeschlossensten Menschen überhaupt<sup>(10)</sup>. Dies auch deshalb, weil moderne Staaten als *Wohlfahrtsstaaten* umfassende Leistungen zur Absicherung und Versorgung ihrer Bürger übernommen haben. In neuester Zeit lockert sich der Konnex zwischen politisch-gesellschaftlicher und territorialer Zugehörigkeit allerdings wieder etwas; man könnte – mit Rokkan<sup>(11)</sup> –

<sup>(8)</sup> HELLER 2001: 178.

<sup>(9)</sup> Vgl. EBNER 2004.

<sup>(10)</sup> NOIRIEL 1991.

<sup>(11)</sup> ROKKAN 2000.

auch von einer gewissen Dissoziation von «Mitgliedschaftsraum» und «geographischem Raum» sprechen (12). Durch die eindeutige Kodifizierung der Mitgliedschaft stellt Staatsbürgerschaft ein höchst wirksames Instrument sozialer Schließung dar (13). Dass es am Beginn des 20. Jahrhunderts noch möglich war, ohne Pass von Deutschland nach Italien zu reisen, hat auch mit der geringeren Inklusivität der damaligen Staaten zu tun.

Die Bedeutung der soziokulturellen Grenzen für politische Gemeinschaften ist abhängig von der Identität dieser Gemeinschaft, andererseits vom Grad ihrer Ausprägung als Wohlfahrtsstaat. Je stärker ausgebildet und je exklusiver die kulturelle Identität einer politischen Gemeinschaft, desto schärfer und exklusiver sind ihre Grenzen. Nationale Identität kann durch kulturelle Gemeinsamkeiten (gleiche Sprache) gefördert werden, sie kann aber auch durch gemeinsame historische Erfahrungen geschaffen werden, wie die Beispiele der Schweiz, Spaniens oder Kanadas belegen. Sprachgemeinschaft allein schafft nicht notwendig Zusammengehörigkeit (14), wie die Beispiele von England und Irland, Österreich und Deutschland zeigen.

Schon eher gilt dies für den Umfang der sozialstaatlichen Leistungen eines Staates: Je stärker ausgebaut der Wohlfahrtsstaat, desto notwendiger wird es, den Zugang zu seinen Leistungen zu kontrollieren und an genau definierbare Kategorien von Personen (Staatsbürgern) zu binden. Die geringeren Sozialleistungen der Vereinigten Staaten sind auch zu sehen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dieses Land seit jeher viel offener gegenüber Einwanderern ist als die meisten europäischen Länder.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Grenzbildung betrifft das *sozioökonomische Gefälle* zwischen einer Gemeinschaft und ihren Nachbarländern im Hinblick auf Wohlstand und Sozialleistungen; je höher dies ist, desto stärker müssen Grenzen administrativ und polizeilich «gesichert» werden. Generell kann man sagen: Diktaturen sperren ihre eigenen Bürger ein, egoistisch-wohlhabende Gesellschaften sperren Fremde aus, die arm sind.

Heute wird oft die These vertreten, dass staatliche Grenzen als Folge von Globalisierung, internationaler Kommunikation, Austausch von Gütern und Dienstleistungen, Mobilität und Reisen immer weniger kontrollierbar und zunehmend irrelevant werden. Auch der Genuss der Rechte der Staatsbürgerschaft ist nicht mehr notwendig an das Leben innerhalb der territorialen Grenzen des eigenen Staates gebunden (15). Diese Tendenzen sind zweifellos vorhanden. Sie können aber genauso gut zu umgekehrten Folgen führen: Die leichte Überwindbarkeit von Grenzen macht ihre Kontrolle immer wichtiger, vor allem auch deshalb, weil sich die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen der Welt tendenziell aus-

(12) Vgl. auch Bös 2000.

(13) BRUBAKER 1992; MAU 2006: 117.

(14) WEBER 1964, Bd. 1: 305 ff.

(15) OHMAE 1990.

einander entwickeln, die Ungleichheit zwischen armen und reichen Nationen zunimmt. Dazu kommt die unterschiedliche demographische Entwicklung; einem starken Bevölkerungswachstum im Süden steht ein nur geringes Wachstum bzw. – langfristig – eine Stagnation im Norden entgegen.

## 2. Europa und Europäische Union: Identität und Grenzen

Überlegen wir uns nun, welche Bedeutung Grenzen in Europa heute besitzen. Ich werde zuerst kurz auf die Frage eingehen, welche Einheit der Begriff «Europa» überhaupt umschließt. Im Anschluss daran soll diskutiert werden, wo die Grenzen Europas liegen und in welcher Weise diese mit dem Selbstbild und der «Identität» Europas zusammenhängen.

### 2.1. Die Europäische Union ist nicht gleich Europa

Als Erstes ist eine klare Unterscheidung zu treffen zwischen dem historisch-kulturgeographisch alten, aber vagen Begriff «Europa» und dem politisch eindeutig definierten Begriff der «Europäischen Union» (16). Politische Eliten und Journalisten, aber auch wenig reflektiert denkende Wissenschaftler sprechen ständig von «Europa», obwohl sie nur die Europäische Union meinen. Dieser saloppe Sprachgebrauch hat zwei vielleicht gewollte Implikationen: Zum einen wird suggeriert, dass die EU das «gesamte Europa» umfasst und vertritt; zum anderen, dass die EU nicht nur eine politische, sondern auch eine historisch-kulturelle Gemeinschaft darstellt. Das Problem der Grenze stellt sich nur für die EU als konkrete politische Gemeinschaft; Europa wird auch in Zukunft problemlos weiterbestehen können, auch wenn seine Grenzen vage bleiben.

Aus der Perspektive des Begriffes der «Grenze» stellen Europa und die Europäische Union historisch einmalige Fälle dar. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden in Europa zunächst viele neue Grenzen errichtet. Nach dem Ersten Weltkrieg zwischen vielen früheren Teilgebieten der Habsburger Monarchie; nach 1945 eine neue, nahezu undurchdringliche Grenze zwischen Ost und West (17). 40 Jahre später ist dieser «Eiserne Vorhang» zusammengebrochen und der Kontinent wächst wieder zusammen. In Westeuropa ist eine ganz neue politische Gemeinschaft entstanden, für welche die Manipulation von Grenzen und die Bildung neuer Grenzen von konstitutiver Bedeutung ist (18). Seit Gründung der EWG im Jahre 1957 haben sich durch sukzessive Beitrittswellen ihre Fläche und Grenzen kontinuierlich vergrößert. Die Zahl ihrer Mitgliedstaaten von 9 auf 27, ihrer

(16) Vgl. dazu auch HALECKI 1957; KAEUBLE 1997; IMMERFALL 2006.

(17) Vgl. auch Bös/ZIMMER 2006.

(18) BACH 2000a; ROSS 2002.

Fläche von rund 1,2 Millionen auf fast 4 Millionen km<sup>2</sup>, ihrer Einwohner von etwa 200 auf über 450 Millionen. Zum anderen hat sich auch der Charakter der Grenzen dieser Gemeinschaft gegenüber jenem von Nationalstaaten verändert. Dies gilt nicht nur im Innern, wo – nach der Realisierung des freien Marktes für Güter und Dienstleistungen – durch das Schengener Abkommen auch die Grenzkontrollen für Personen weggefallen sind. Es gilt ebenso für die Außengrenzen der EU, die einerseits verschärft, andererseits aber auch relativiert wurden (19). Die entscheidenden Fragen lauten: Wie sind diese grenzbildenden und grenztransformierenden Aktivitäten der EU, ihre Ziele und Ergebnisse, zu erklären und zu bewerten? Was sind die Gründe für die offenkundig hohe Attraktivität dieser neuen Gemeinschaft sowohl für Nachbarstaaten wie auch für Zuwanderer aus aller Welt? Wenn es das Ziel der EU ist – bzw. der Länder, die ihr noch beitreten möchten –, ganz «Europa» im historisch-kulturellen Sinn zu umschließen, wo liegen dann die Grenzen der Erweiterung? Wenn die EU tatsächlich eine «Wertegemeinschaft» ist, die auf Prinzipien wie Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Solidarität für alle beruht, mit welchem Recht und mit welchen Methoden darf sie dann potenzielle Zuwanderung aus anderen, vor allem ärmeren Teilen der Welt beschränken oder ganz unterbinden?

Zweifellos kann man sagen, dass die «Europäisierung» zu einer Dialektik von Grenzabbau bzw. Grenzerhalt und -befestigungen führt (20). Eine funktionalistische Perspektive scheint mir jedoch unzureichend zu sein, um die Frage nach der weiteren Richtung und dem möglichen Endziel der Grenzerweiterungsprozesse der Europäischen Union soziologisch zu beantworten. Die Erweiterung der EU ist eine politisch äußerst umstrittene Frage, in der die verschiedensten Ideen und Interessen aufeinanderprallen. Die Stärke der soziologischen Perspektive liegt darin, dass wir diese Ideen und Interessen und ihre konkreten Proponenten – politische und wirtschaftliche Eliten und Führungspersönlichkeiten, Parteien, Interessenverbände usw. – entsprechend dem Weber'schen Konzept der Soziologie als «Wirklichkeitswissenschaft» (21) kritisch in den Blick nehmen und die EU auch als Herrschaftsverband betrachten (22). Um zu einer solchen Perspektive zu gelangen, müssen wir die Thematik in zwei speziellere Fragen aufgliedern. Die eine davon lautet: Wo liegen die Grenzen der Erweiterung der EU? Diese Frage soll im Folgenden diskutiert werden und zwar anhand jener drei Grenzgebiete der EU, wo sich diese Frage am akutesten stellt. Die zweite Frage lautet: Welcher Art sind die neuen Außengrenzen der EU? Sind es lediglich Grenzen, wie sie auch heutige Nationalstaaten umgeben, oder sind es Grenzen neuer Art? Da wir sehen werden, dass das Letztere der Fall ist, werden wir auch fragen müssen: Worin liegt ihre funktionale Begründung? Wie werden sie politisch legitimiert? Zur

(19) Vgl. auch MÜNCH 1993; VOBRUBA 2005.

(20) MAIER 2002; MAU 2006: 119.

(21) WEBER 1913; HALLER 2003a.

(22) BACH 2000a.

Beantwortung dieser Fragen müssen drei Aspekte einbezogen werden: die strukturellen Voraussetzungen für die Veränderung der jetzigen und die Bildung neuer Grenzen; die beteiligten Akteure, ihre Ziele, Interessen und Strategien; und die institutionellen Lösungen, die bis heute realisiert wurden. Diese Fragen sollen diskutiert werden im Kontext der drei relativ unklaren Grenzen der EU im Osten, Südosten und Süden Europas.

## 2.2. Gibt es Grenzen für die Erweiterung der EU und wo liegen sie?

Europa ist nur im Norden und Westen durch «natürliche Grenzen» eindeutig abgegrenzt, nicht aber im Osten, Südosten und Süden (23). An jeder dieser Grenzregionen lassen sich unterschiedliche Faktoren benennen, die für die Frage der potentiellen Zugehörigkeit der jeweiligen Anrainerstaaten zur EU die größte Bedeutung besitzen. Es erscheint daher angebracht, diese Faktoren jeweils im Zusammenhang mit diesen verschiedenen Grenzregionen zu diskutieren.

### a) Russland und die EU: eine Frage der Abgrenzung wirtschaftlich-politischer Macht- und Einflussosphären

Geographisch-territorial ist die Grenze Europas im Osten völlig unklar. Das Uralgebirge ist nur ein niedriger Bergkamm, auf dessen beiden Seiten das gleiche Volk im gleichen Staat lebt (24). Sozialgeographisch endet Europa daher entweder an der Westgrenze Russlands oder an seiner Ostgrenze, das heißt mit der Halbinsel Kamtschatka im Pazifischen Ozean. Die Frage ist also: Gehört Russland zu Europa oder nicht? Geographisch gesehen, gehört sein größter und bedeutendster, westlicher Teil nach geographischer Konvention zweifellos zu Europa. Historisch und kulturell scheint mir die Frage genauso eindeutig positiv zu beantworten zu sein. Russland war in gewisser Weise «Erbe» des byzantinisch-christlichen Ostroms und im Laufe der gesamten Neuzeit eingebunden in die europäischen Auseinandersetzungen und Entwicklungen militärischer wie zivilisatorischer Art, nicht zuletzt auch in Bezug auf die Durchsetzung einer realen Demokratie (25). Die These der Zugehörigkeit von Russland zu Europa wird auch nicht dadurch widerlegt, dass Russland bis heute durch einen Rückstand in mehrfacher Hinsicht charakterisiert ist (26). Ein Gefälle zwischen Zentren und Peripherien war stets ein Kennzeichen Europas genauso wie seine innere Differenzierung in religiös-kon-

(23) Vgl. auch MEYER 2004: 166 ff.

(24) JORDAN 1988; KÖNIG/SICKING 2005: 14.

(25) HOSKING 2000.

(26) Vgl. z. B. LANE 1990; LEWADA 1992.

fessionelle, sprachliche und politische Großregionen (27). Trotzdem scheint allgemeiner Konsens dahingehend zu bestehen, dass Russland kein Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU ist. Warum ist dies so? Ich glaube nicht, dass dies in erster Linie durch kulturelle (sprachliche, religiöse) Aspekte oder das Problem der mangelnden demokratischen Reife bedingt ist. Vielmehr scheinen mir dafür einerseits wirtschaftsgeographische Gründe, andererseits politische Gründe ausschlaggebend zu sein.

Aus wirtschaftsgeographischer Sicht im Sinne von Christaller ergibt sich, dass Westeuropa funktional in neun vergleichbare Großregionen unterteilt werden kann, die ihrerseits weitgehend mit alten politischen Einheiten zusammenfallen (28). Diese neun Großregionen sind untereinander eng verflochten; die Großregion Osteuropa mit Russland stellt einen anderen großen wirtschaftlichen Gravitationsraum dar. Das Gleiche lässt sich im Hinblick auf die politische Macht dieser Einheiten feststellen. Zwar musste Russland durch die Auflösung der UdSSR machtpolitisch einen klaren Abstieg hinnehmen. Durch die Auflösung des kommunistischen Systems ist auch seine ideologisch-politische und militärische Gefährlichkeit für Westeuropa nicht mehr gegeben wie noch in den Nachkriegsjahrzehnten, als das Bestehen der UdSSR einen wichtigen externen Anstoß für die europäische Integration geliefert hat (29). Russland stellt aber infolge seiner Größe, seiner Ausstattung mit Rohstoffen und seines Besitzes einer starken Atomwaffe immer noch eine politisch-militärische Großmacht dar, die das in jahrzehntelangen Verhandlungen äußerst mühsam austarierte Kräftegleichgewicht in der EU massiv stören würde. Es würde auch die Ambition der EU, sich zu einem weltpolitischen *global player* zu entwickeln, insofern durchkreuzen, als dann die derzeit dabei ausschlaggebenden Akteure – die großen Mitgliedsländer Deutschland, Frankreich und Großbritannien – mit empfindlichen Einbußen an Einfluss rechnen müssten.

Umstritten ist derzeit die Frage, inwieweit die ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion, Weißrussland und die Ukraine, Mitgliedstaaten der EU werden könnten oder nicht. Die Antwort, die sich aufgrund der vorigen Überlegungen ergibt, ist sehr klar: Es handelt sich auch hier in erster Linie um eine Frage von politischem Einfluss und Macht. Zwar sind dies beides slawische Gesellschaften mit dominant orthodoxer Religionszugehörigkeit ihrer Bürger. Diese kulturellen Eigenheiten wären jedoch keinerlei Argument gegen ihren Beitritt zur EU, die ja bereits eine Reihe von Mitgliedsländern hat, die der slawischen Sprachfamilie

(27) HALLER/HÖLLINGER 1995; HALLER 1988; HALECKI 1957.

(28) Im Süden sind dies die Iberische Halbinsel (Süd-West), Italien (Süd-Cent), Balkan (Süd-Ost), in der Mitte Frankreich (Cent-West), Deutschland (Cent-Cent), Österreich, Tschechische/Slowakische Republik, Ungarn (Cent-Ost), im Norden die britischen Inseln (Nord-West), Skandinavien (Nord-Cent) und Polen-Baltikum (Cent-Ost).

(29) Die angebliche Bedrohung Westeuropas durch das kommunistische Sowjetrusland spielte insbesondere in der paneuropäischen Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi eine wichtige Rolle (vgl. COUDENHOVE-KALERGI 1953; kritisch dazu HALLER 2007); Coudenhove-Kalergi hatte intellektuell, wenn auch nicht praktisch-politisch, erheblichen Einfluss auf die europäische Integration.

angehören (Polen, Tschechien, Slowakei), dominant griechisch-orthodox geprägt (Griechenland und Rumänien), oder sogar beides zugleich sind wie Bulgarien. Bezeichnend ist, dass im Falle des EU-Beitrittes von Bulgarien und Rumänien keinerlei Vorbehalte aufgrund dieser kulturellen Kriterien erhoben worden sind; selbst ihr niedriges Entwicklungsniveau und ihre zum Teil lückenhafte Umsetzung der demokratischen Grundprinzipien der EU erschienen als wenig problematisch. Kulturelle Kriterien spielen allenfalls im Innern der beiden zwischen der EU und Russland gelegenen Länder – vor allem der großen und heterogenen Ukraine – eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung über den Großraum, welchem sie sich in Zukunft anschließen sollen. Während der westliche, polnisch geprägte Teil der Ukraine eindeutig zur EU tendiert, ist der Osten – in dem auch die russische Sprache dominiert – stärker auf Russland hin orientiert. Der «Kampf um die Ukraine» (so der Titel eines Kongresses im Jahre 2006 in Wien (30)) wird letztlich aber nicht durch kulturelle Überlegungen, sondern durch Fragen des wirtschaftlichen und politischen Einflusses entschieden werden.

Wir können aus diesen Überlegungen bereits eine wichtige Konklusion über die ausschlaggebenden Kriterien für die Erweiterungsdynamik der EU ableiten. Man muss wohl sagen, dass kulturelle Merkmale und – zu einem gewissen Grad – auch Kriterien der politisch-demokratischen «Reife» im Falle der Abgrenzung Europas nach Osten nicht als ausschlaggebend erscheinen, zumindest ab einem gewissen Moment, in welchem die grundlegenden Institutionen der repräsentativen Demokratie bestehen. Vielmehr geben Fragen des wirtschaftlichen und politischen Einflusses den Ausschlag. Da ein Beitritt Russlands zur EU sehr unwahrscheinlich ist, wird es eine zentrale Aufgabe der EU sein, zu diesem Land gute nachbarschaftliche Beziehungen zu entwickeln (31).

b) Gehört die Türkei zu Europa? Wie die Nichtbeachtung kultureller Aspekte im Rahmen wirtschafts- und machtpolitischer Ambitionen zu einem explosiven Gemisch geführt hat

Nicht sehr scharf sind auch die Grenzen Europas im Südosten. Fährt man mit dem Auto über die Bosphorus-Brücke nach Kleinasien, wird man zwar mit einer Tafel mit der Aufschrift «Asien» begrüßt. Trotzdem ist die Frage der Zugehörigkeit dieser großen Halbinsel und ihres Staates Türkei zu Europa kulturell keineswegs eindeutig mit Nein zu beantworten. Die Gründe, warum viele einen Türkei-Beitritt zur EU in Frage stellen, sind neben demographischen und politischen vor allem kulturelle Aspekte. Infolge der Staatsreligion «Islam» ist die Türkei nicht mehr dem christlich-abendländischen Kulturkreis zuzuordnen.

(30) Die Konferenz wurde organisiert durch das Österreichische Institut für Internationale Politik in Wien am 8. Juni 2006 (vgl. <http://transatlantic.sais-jhu.edu> und [www.oiiip.at](http://www.oiiip.at)).

(31) GOWER 2002.



In der Tat gibt es zwischen dem Islam und der westlich-christlich geprägten Kultur eine Reihe bedeutsamer Unterschiede, wie die weniger klare Trennung zwischen Religion und Staat, die patriarchalisch geprägte Familienstruktur, die untergeordnete Stellung der Frau <sup>(32)</sup>. Auch die türkische Demokratie weist noch erhebliche Lücken auf. So erscheint etwa die Durchsetzung von Minderheitenrechten im Falle der Kurden als völlig unzureichend, wenn man sie aus der Perspektive von Trentino-Südtirol beurteilt. Die Türkei wurde seit dem Zweiten Weltkrieg noch durch viele Jahre von Militärdiktaturen beherrscht; wer kann eine Garantie dafür abgeben, dass dies nicht auch in Zukunft – egal, ob innerhalb oder außerhalb der EU – wieder einmal der Fall sein könnte? Der Beitritt der Türkei würde weiters den Haushalt der EU durch die dann fälligen Agrar- und Regionalsubventionen massiv belasten; er würde auch in den Institutionen der EU (Europäischer Rat und Europäisches Parlament) zu einer starken Verschiebung der Macht führen; die Türkei würde z. B. gemeinsam mit Deutschland die meisten Abgeordneten im Europäischen Parlament stellen. Es scheint, als würde eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in der Tat die EU «zerstören», wie es der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler <sup>(33)</sup> drastisch formuliert.

Aufgrund all dieser Fakten erscheint es äußerst verwunderlich, dass die politischen Eliten es noch bis vor kurzem als völlig unproblematisch betrachteten, dass die Türkei ein Mitglied der EU werden sollte. Durch Jahrzehnte hat die EG bzw. EU der Türkei die Beitrittsperspektive durch wirtschaftspolitisches Entgegenkommen und symbolische Gesten immer wieder eindeutig signalisiert. So unterzeichnete der türkische Ministerpräsident zuletzt, am 29.10.2004, gemeinsam mit den EU-Staatspräsidenten, den Entwurf für eine neue Verfassung der EU in Rom! Diese fraglose Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für die Türkei wird von vielen EU-Bürgern allerdings nicht geteilt; die Haltung der politischen Eliten war ein Grund dafür, dass die Franzosen und Niederländer die «Verfassung für Europa» mit klaren Mehrheiten ablehnten. Die Aufnahme der Türkei würde auch das Demokratiedefizit und die Bürgerferne der EU verstärken.

Wie ist die Kluft zwischen Eliten und Bürgern in diesem Fall zu erklären? Mir scheint wieder, dass es eindeutig wirtschafts- und machtpolitische Aspekte sind, welche die politischen Eliten zu ihrer eindeutig pro-türkischen Haltung veranlasst haben. Die wirtschaftspolitischen Argumente liegen auf der Hand: In den Debatten um den türkischen EU-Beitritt sprechen Unternehmer, Wirtschaftsverbände, aber auch Professoren der Ökonomie, geradezu enthusiastisch von dem riesigen neuen Markt, der sich damit für die europäischen Konzerne eröffnen würde. Die Befürchtung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter ist, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes für türkische Arbeitssuchende (derzeit 2,5 Millionen Arbeitslose, und rund 30% der Bevölkerung unter 15 Jahren) in der EU massive Auswirkungen auf die Senkung der Löhne haben könnte. Auch das starke Bevölkerungs-

<sup>(32)</sup> Vgl. GERHARDS 2004, 2005; WEHLER 2005.

<sup>(33)</sup> WEHLER 2005.

wachstum der Türkei wird von den Eliten als positiv gesehen, als Chance, dadurch die Probleme der Rentenfinanzierung in der EU zu lösen <sup>(34)</sup>.

Für die Sicht der politischen Eliten ergibt sich eine Erklärung, wenn man internationale Machtkonstellationen in die Betrachtung einbezieht. Hier ist vor allem der Einfluss der USA zu nennen, für welche die Türkei von jeher einen wichtigen Partner und ein Bollwerk in der instabilen Übergangszone zwischen Europa und Asien darstellt, nahe zu den Pulverfässern Kaukasus und Naher Osten, aber auch zu Russland im Nordosten. Die USA haben in dieser Hinsicht erheblichen Druck auf die EG bzw. EU ausgeübt, für die Türkei eine Vollmitgliedschaft ins Auge zu fassen. Eine ähnliche Sichtweise haben sich inzwischen auch hochrangige europäische Politiker zu eigen gemacht. So wurde häufig geäußert, dass die Mitgliedschaft der Türkei der EU in dieser Region eine direkte Einflussmöglichkeit eröffnen würde und damit einen wichtigen Beitrag zu ihrem angestrebten Status als Mitspieler auf der globalen Bühne der Macht leisten würde.

Wir sehen also auch hier: Fragen der kulturellen Identität der EU bzw. möglicher Beitrittskandidaten sind eher von zweitrangiger Bedeutung, wenn es um wirtschaftliche und politische Machtinteressen geht. Wir sollten uns jedoch fragen: Könnte die Türkei Mitglied der EU werden, wenn man die Frage der kulturellen Identität Europas in den Mittelpunkt stellt? Die Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei ist auch aus dieser Sicht keineswegs eindeutig. Die Frage ist hier, wie man die «Identität Europas» bzw. der EU definiert. Definiert man diese sehr eng – die EU als christlich-abendländische Wertegemeinschaft – so würde die Türkei nicht Mitglied werden können. Eine solch enge, inhaltlich stark ausschließende Definition der Identität der EU scheint jedoch aus zumindest drei Gründen unhaltbar zu sein.

Zum Ersten muss man sagen, dass infolge tiefgreifender Säkularisierungsprozesse die christliche Religion und ihre Kirchen in vielen Ländern der EU selber heute keine große Bedeutung mehr besitzen; in Großbritannien, den Niederlanden oder Ostdeutschland betrachtet sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr als Mitglied irgendeiner Religionsgemeinschaft. Auch die Türkei und alle islamischen Länder sind einem Säkularisierungs- und Modernisierungsprozess unterworfen, der sie westlichen Werten stark annähern wird. Selbst heute zeigen empirische Vergleiche der Wertorientierungen zwischen der Bevölkerung der Türkei und der EU zwar deutliche Unterschiede in manchen Bereichen, aber keineswegs grundlegend andere Werthaltungen <sup>(35)</sup>.

Zum Zweiten leben innerhalb der Grenzen der EU bereits heute mindestens 15 Millionen Moslems; der größte Teil davon als zugewanderte Arbeitnehmer in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern; ein kleinerer Teil auch als alleingesessene Bürger, etwa in Bulgarien.

<sup>(34)</sup> So der einflussreiche Direktor des Instituts für Höhere Studien in Wien, der Ökonom Bernhard Felderer.

<sup>(35)</sup> Vgl. zu den arabisch-islamischen Gesellschaften generell HALLER 2003b.

Der dritte und wohl wichtigste Grund für die These, dass der Islam kein absoluter Ausschließungsfaktor für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sein muss, ist, dass ein moderner Staat eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche vornehmen muss. Gerade in multireligiösen, großen Staaten, wie den USA und Indien, wurde diese Trennung sehr entschieden in der Verfassung verankert und es hat sich gezeigt, dass dies viel eher eine Garantie für das Fortbestehen lebendiger religiöser Gemeinschaften ist als das europäische Muster der Staatskirchen<sup>(36)</sup>. Als theoretischen Kronzeugen für die Notwendigkeit einer strikten Trennung in dieser Hinsicht möchte ich Papst Benedikt XVI. anführen. In seiner 1971 erschienenen Schrift *Die Einheit der Nationen* arbeitet Joseph Ratzinger anhand der Schriften der Kirchenväter Origenes und Augustinus heraus, dass zwischen dem Gottesreich der Christen und den irdischen Reichen politischer Gemeinschaften und Staaten ein grundlegender Unterschied besteht. Nur das erstere umschließt und vereinigt die Menschheit insgesamt, nur das Gottesreich vertritt höchste Werte und ist einer «letzten Sorge» würdig; der Staat dagegen vertritt nur relative Werte, er sichert das äußere Dasein der Menschen und ist deshalb auch unverzichtbar; er darf jedoch in keiner Weise überhöht und mit einem geistigen Sinn verbunden werden, den er nicht besitzt<sup>(37)</sup>. Aus dieser Perspektive folgt meiner Meinung nach ganz eindeutig, dass die Europäische Union sehr schlecht beraten wäre, sich als christlich-abendländische Wertegemeinschaft zu definieren<sup>(38)</sup>.

c) Die Südgrenze der EU: Eine neue Barriere zwischen dem «Armenhaus Afrika» und der «Wohlstandsfestung Europa»

Die Südgrenze der EU ist durch das Mittelmeer zwar relativ klar bestimmt. Wirtschaftlich und politisch, ja selbst sozial und kulturell waren die afrikanischen Länder nördlich der Sahara aber nie völlig von Europa getrennt. Große Teile davon gehörten zum *Imperium Romanum*; im Mittelalter vermittelten islamische Hochkulturen dieser Länder dem damals weit weniger zivilisierten Europa das Erbe der Antike; in der Neuzeit wurden sie als Kolonien europäischer Mächte einem starken Prozess der Verwestlichung unterzogen. Kulturell könnte man für diese Länder in Bezug auf ihre «Anschlussfähigkeit» an die EU eine ähnliche Folgerung ziehen wie für die Türkei: Sie wäre zwar erst in weiterer Zukunft denkbar, aber nicht grundsätzlich auszuschließen. Wenn heute trotzdem niemand diese Möglichkeit ernsthaft ins Auge fasst, so ist meiner Meinung nach ein dritter Faktor dafür verantwortlich, dem wir bislang noch nicht in dieser Schärfe begegnet sind. Es ist dies das tiefe *wirtschaftliche Gefälle* zwischen diesen Ländern und dem Raum der Europäischen Union. Zusammen mit dem starken Bevölkerungswachstum in Afri-

<sup>(36)</sup> HÖLLINGER 1966.

<sup>(37)</sup> RATZINGER 2005.

<sup>(38)</sup> Vgl. auch MEYER 2004: 229.

ka nördlich und südlich der Sahara ergibt sich hier auf engstem Raum das weltweit stärkste Gefälle in sozioökonomischer und demographischer Hinsicht.

Die Folge ist ein enormer Zuwanderungsdruck aus den Ländern Afrikas in die EU. Die Aufgabe der Bewältigung dieses Drucks fällt infolge der Aufhebung der inneren Grenzen der EU in vollem Maße auf die südeuropäischen Mitgliedsländer der EU. Sie haben – und hier sieht man, wie irreführend die These von der Relativierung der Grenzen der EU ist – ihre südlichen Außengrenzen in den letzten Jahrzehnten und Jahren massiv verstärkt und zu quasi-militärischen Abschirmungs-, Überwachungs- und Rückführungsaktionen gegriffen, um ihn einigermaßen unter Kontrolle zu bringen<sup>(39)</sup>.

Neu an den Grenzbildungsprozessen der EU ist, dass sie auf eine abgestufte Integration von Peripherien hinarbeitet<sup>(40)</sup>. Die Metapher von der «Festung Europa»<sup>(41)</sup> trifft aber dennoch zu. So umgibt die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko ein sechs Meter hoher, mehrfach abgesicherter Zaun – ein neuer Eiserner Vorhang. Italien hat hier eine Vorreiterrolle übernommen mit der massenhaften Abschiebung von Flüchtlingen aus Lampedusa, durch Vereinbarungen mit nordafrikanischen Staaten, dass diese selber eine Kontrolle der Flüchtlingsströme schon in ihren Territorien vornehmen durch Überwachungsmaßnahmen und Auffanglager für die Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika (viele davon haben unter den zentralafrikanischen Flüchtlingen den Ruf, «Todeslager» zu sein). Die EU unterstützt diese Maßnahmen durch logistische und militärisch-technische Hilfe. Bei vielen dieser Aktionen nimmt Europa «für die Bekämpfung der Flüchtlinge den Bruch der eigenen Werte, der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention in Kauf,» wie die österreichische Journalistin und Buchautorin Corinna Milborn<sup>(42)</sup> aufgrund umfangreicher Recherchen in diesen Regionen schreibt. In vielen Ländern der EU ist schon seit den 1980er Jahren ein systematischer Abbau der Rechte von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Gange, vorangetrieben auch durch Parteien der «Neuen Rechten» und ausländerfeindliche Boulevard-Blätter<sup>(43)</sup>. Als direkte Folge dieser Überwachungsmaßnahmen benutzen die Menschen, die illegal in die EU gelangen möchten, immer waghalsigere, lebensgefährlichere Methoden. Jährlich versuchen bis zu einer halben Million Menschen das Mittelmeer illegal zu überqueren; bis zu 50.000 davon werden aufgegriffen, aber schätzungsweise 20.000 sind in den letzten zehn Jahren dabei ums Leben gekommen<sup>(44)</sup>.

<sup>(39)</sup> MILBORN 2006.

<sup>(40)</sup> BACH 2006.

<sup>(41)</sup> WOLF/KLASS 1994.

<sup>(42)</sup> MILBORN 2006: 63.

<sup>(43)</sup> APPEL/ROTH 1992.

<sup>(44)</sup> APPEL/ROTH 1992; MILBORN 2006: 43. Vgl. dazu auch die unglaubliche Fallgeschichte der Fauziya Kassinjda, die vor einer drohenden Beschneidung aus Togo flüchtete und dann ein jahrelanges Martyrium durchmachte, in diesem Fall allerdings in den USA (KASSINJDA 1998).

Kann man etwas gegen den Einwand vorbringen, dass die EU und ihre südlichen Mitgliedstaaten gar keine Alternative zur scharfen Kontrolle der Grenzen haben, da die EU ansonsten von Afrikanern überschwemmt würde? Ich glaube, dass man dies sehr wohl kann und zwar im Hinblick auf vier Aspekte.

1) Zum Ersten ist evident, dass die Schärfe der Grenzkontrollen zu einer direkten Erhöhung der Anstrengungen führt, diese zu überwinden. Für viele Afrikaner, die nicht nur vor materiellem Elend, sondern oft auch vor Kriegen und Unterdrückung geflüchtet sind, bedeutet dies eine jahrelange schreckliche Flucht, die nur zu oft mit dem Tod endet. Ein international und lokal organisiertes, vielfach kriminelles Schlepperwesen ist die ökonomisch logische Folge der übergroßen Nachfrage und des extrem hohen Risikos einer illegalen Einwanderung in die EU.

2) Zum Zweiten praktizieren die europäischen Zuwanderungsländer und die EU selbst eine ausgesprochene Doppelmoral, wenn sie illegale Zuwanderung mit allen Mitteln zu unterbinden versuchen, zugleich aber Schwarzarbeit im eigenen Lande tolerieren. In den landwirtschaftlichen Plantagen Südspaniens, aber auch EU-weit in der Landwirtschaft, dem Gastgewerbe, privaten Haushalten und öffentlichen Bordellen arbeiten inzwischen Millionen illegaler ausländischer Arbeitskräfte. Sie müssen dies aber zu Bedingungen tun, die jedem Rechtsstaat Hohn sprechen, zu Löhnen, die oft nur ein Zehntel der einheimischen ausmachen, unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und starker sozialer Ausschließung<sup>(45)</sup>. Trotz dieser Bedingungen sind die Geldüberweisungen dieser Beschäftigten an ihre Verwandten in Afrika dort eine wichtige Basis für das Überleben ganzer Familien- und Dorfgemeinschaften<sup>(46)</sup>, und sie motivieren immer wieder weitere, vor allem junge Menschen, die Zuwanderung nach Europa zu versuchen.

3) Zum Dritten muss man sagen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer durchaus selber Beiträge zur Verarmung und wirtschaftlichen Stagnation vieler Länder Afrikas leisten. Hierfür lassen sich eine Reihe von Faktoren anführen: Die Subventionierung von Agrarexporten führt dazu, dass die afrikanischen Bauern ihre Produkte nicht mehr zu lebensnotwendigen Preisen verkaufen können; die Verstärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen kommt Europa vielfach selber stärker zugute als den afrikanischen Ländern; so werden diese vielfach auf nur wenige Produkte festgelegt, um Deviseneinnahmen zu sichern; diese Produkte unterliegen jedoch extremen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und ihre Erzeugung ruiniert die lokalen Böden. Die Vergabe von Krediten mit enormen Rückzahlungsverpflichtungen hat viele Staaten der Dritten Welt in eine «Schuldenfalle» gebracht, die sie zwingt, den Großteil ihrer Einnahmen zur Tilgung von Krediten aufzuwenden<sup>(47)</sup>. Schließlich ist auch nicht zu verschweigen, dass die großen Länder der EU direkt oder indirekt mit zu den Lieferanten von Waffen für die vielfach diktatorischen Regierungen und terroristischen Be-

<sup>(45)</sup> CANTÓ MILÀ 2006.

<sup>(46)</sup> ERNEGGER 1993; ERNEGGER-DIARRA 1994.

<sup>(47)</sup> NUSCHELER/SCHMUCK 1992; STIGLITZ 2004.

freiungsbewegungen in Afrika gehören; die dadurch mit-verursachten Kriege sind eine der Hauptursachen für die Zunahme von Armut und Elend in diesem Kontinent.

4) Der vierte Aspekt betrifft die Behandlung der Zuwanderer in der EU selber. Hier muss man sagen, dass in keinem Land der EU in dieser Hinsicht bislang ein adäquates Modell gefunden wurde. Weder das französische Modell der kulturellen Assimilierung, das in den Niederlanden und Großbritannien praktizierte Modell des Multikulturalismus, noch das deutsche und österreichische Modell der «Gastarbeiter auf Zeit» waren in der Lage, die Einwanderer aus den ärmeren Ländern und Regionen des Südens wirklich zu integrieren<sup>(48)</sup>. Der Aufstand der Jugendlichen in den Pariser Vorstädten (die völlig assimilierte Zuwanderer der 2. und 3. Generation waren), die Tendenz zu neuen fundamentalistischen Bewegungen in Großbritannien, die zunehmende Ghettobildung unter türkischen Zuwanderern auch in deutschen Großstädten sind darauf zurückzuführen, dass sich die Zuwanderer auch nach Jahrzehnten oder Generationen noch als Menschen zweiter Klasse empfinden müssen. Ich würde meinen, dass hier eine sehr eng verstandene europäische Identität eine unheilige Allianz eingegangen ist mit einer sozialen Diskriminierung, die in den Zuwanderern – und ganz besonders jenen aus Afrika – nur Angehörige einer neuen Unterschicht sieht. Dieser Prozess ist natürlich zu einem großen Teil auch die Folge der rechtlichen und wirtschaftlichen Diskriminierung der Einwanderer.

### 3. Abschließende Bemerkungen

Was können wir aus diesen Überlegungen für die Frage der Identität und Grenzen Europas und der Europäischen Union ableiten? Ich möchte hier abschließend nochmals drei Punkte diskutieren.

1) Zum Ersten werden sich die EU und ihre Mitgliedstaaten in ihrem Selbstverständnis und ihrer Identität fundamental umorientieren und akzeptieren müssen, dass sie bereits heute und noch mehr in Zukunft Einwanderungsgesellschaften sind bzw. werden müssen, in denen viele Millionen von Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturkreisen der Erde leben. Die demographische Entwicklung lässt Europa in dieser Hinsicht gar keine andere Wahl, wenn man sich die Alterungsprozesse in Europa vor Augen führt. Sich als Einwanderungsland zu definieren, bedeutet zum einen, Abschied zu nehmen von einem Selbstbild rein weißer, christlich fundierter Gesellschaften<sup>(49)</sup>, und zum anderen, sehr viel mehr für die volle soziale Integration der Zuwanderer zu tun. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen auch darüber nachdenken, wie sie den legalen, aber auch illegalen Einwanderern, die innerhalb ihrer Grenzen leben, aber keine Staatsbür-

<sup>(48)</sup> MILBORN 2006: 215 ff.

<sup>(49)</sup> Vgl. dazu auch EDER 1999.



gerschaft besitzen, einen rechtlich korrekten und sozial akzeptablen Status verleihen können<sup>(50)</sup>.

2) Zum Zweiten: Ich bin in meinen Überlegungen von der These ausgegangen, dass die EU keine Wertegemeinschaft ist (eine solche ist die katholische Kirche), sondern profane Interessen, wie Sicherheit und Wohlstand ihrer Bürger, auch für sie, wie für jeden Staat, im Vordergrund stehen. Man muss die EU deswegen nicht als einen amoralischen Verein von konsum- und nutzenorientierten Individualisten und Materialisten sehen. Es gibt durchaus Werte, die sie auszeichnen können und sollen, wenn diese Werte auch nicht nur für sie Geltung besitzen. Es sind dies jene wohlbekannten Werte, die ihren Ursprung auch im Christentum haben, wie Freiheit und Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz, soziale Gerechtigkeit, Fürsorge für die Bedürftigen. Diese Werte besitzen für das Handeln der politischen Eliten in der EU und ihren Mitgliedstaaten durchaus Bedeutung, auch in entwicklungspolitischer Hinsicht<sup>(51)</sup>.

3) Zum Dritten wäre es problematisch, würde sich die EU zur einzigen friedliebenden und demokratischen neuen Weltmacht stilisieren wollen. Die Tatsache, dass sie selber bislang noch über keinen eigenen Polizei- und Militärapparat verfügt, lässt sie sehr leicht als eine hehre politische Gemeinschaft erscheinen, die sich nur der Durchsetzung universeller Prinzipien verschrieben hat<sup>(52)</sup>. Tatsächlich haben wir jedoch gesehen, dass sich die EU lediglich selber die Finger nicht schmutzig zu machen braucht, weil sie diese hässlichen Aktionen an ihre Mitgliedstaaten bzw. an Anrainerstaaten delegieren kann. Auch die Tatsache, dass die EU bei internationalen Beziehungen und Konflikten nur die Methode einer indirekten Beeinflussung anderer Staaten (z. B. durch Entzug oder Gewährung von Wirtschaftshilfe) anwenden kann, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ein inzwischen sehr mächtiger Akteur ist, von dessen Wohlwollen vor allem kleine und arme Staaten fast auf der ganzen Welt in hohem Maße abhängig sind<sup>(53)</sup>. Geht es um Interessenkonflikte mit großen und mächtigen Ländern der Erde (wie z. B. Russland oder China), scheint die EU ihre vorgenannten Werte jedoch oft weit weniger nachdrücklich zu vertreten als ihre wirtschaftlichen Interessen. Gerade auf dem schwierigen Weg des Übergangs von der derzeitigen Situation der Dominanz einer einzigen militärischen Supermacht zu einer neuen, multipolaren Weltordnung der Zukunft kann und muss die EU eine wichtige Rolle spielen. Dabei ist es von essentieller Bedeutung, dass sie sich Klarheit über ihre eigene Identität und ihre Rolle in der Welt verschafft.

<sup>(50)</sup> MÜNCH 1993; BAUBÖCK 1994; DELL'OLIO 2005.

<sup>(51)</sup> NUSCHELER/SCHMUCK 1992.

<sup>(52)</sup> Vgl. auch MEYER 2004: 231.

<sup>(53)</sup> ERNEGGER-DIARRA 1993.

## Literatur

- APPEL, ROLAND/ROTH, CLAUDIA  
1992 (Hrsg.), *Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus*, Volksblatt Verlag, Köln.
- BACH, MAURIZIO  
2000a *Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration*, in: BACH 2000b, S. 11-35.  
2000b (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, Sonderheft 40, «Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie».  
2006 *Unbounded cleavages. Grenzenabbau und die Europäisierung sozialer Ungleichheit*, in: EIGMÜLLER/VOBRUBA 2006, S. 145-156.
- BAUBÖCK, RAINER  
1994 *Transnational Citizenship. Membership and Rights in International Migration*, E. Elgar, Aldershot.
- BÖCKLER, STEFAN  
2003 *Grenze: Allerweltswort oder Grundbegriff der Moderne?* in: THERSE, ULRICH/SCHOLTZ, GUNTER (Hrsg.), *Archiv für Begriffsgeschichte*, Felix Meiner, Hamburg, S. 167-220.
- BÖS, MATHIAS  
2000 *Zur Kongruenz sozialer Grenzen. Das Spannungsfeld von Territorien, Bevölkerungen und Kulturen in Europa*, in: BACH 2000b, S. 429-455.
- BÖS, MATHIAS/ZIMMER, KERSTIN  
2006 *Wenn Grenzen wandern: Zur Dynamik von Grenzverschiebungen im Osten Europas*, in: EIGMÜLLER/VOBRUBA 2006, S. 157-184.
- BRUBAKER, ROGERS  
1992 *Citizenship and nationhood in France and Germany*, Harvard University Press, Cambridge etc.
- CANTÒ MILÀ, NATALIA  
2006 *Die Grenze als Relation. Spanische Grenzrealität und europäische Grenzpolitik*, in: EIGMÜLLER, MONIKA/VOBRUBA, GEORG (Hrsg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 185-198.
- CHRISTALLER, WALTER  
1950 *Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa*, «Frankfurter Geographische Hefte», 24 (1).
- COUDENHOVE-KALERGI, RICHARD  
1953 *Die europäische Nation*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
- DELL'OLIO, FIORELLA  
2005 *The Europeanization of Citizenship. Between the Ideology of Nationality, Immigration and European Identity*, Ashgate, Aldershot.
- EBNER, MICHL  
2004 *Mein Rechenschaftsbericht. Zehn Jahre Einsatz für Südtirol in Europa*, Athesia Touristik, Bozen.
- EDER, KLAUS  
1999 *Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität*, in: VIEHOFF, REINHOLD/SEGERS, RIEN T. (Hrsg.), *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Suhrkamp, Frankfurt a.M., S. 147-179.

- EIGMÜLLER, MONIKA/VOBRUBA, GEORG  
2006 (Hrsg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- ERNEGGER, HELGA  
1993 *Internationale Intervention und Eingriffe in Afrika*, in: DIARRA, ABDRAMANE (Hrsg.), *Afrikanische Gesellschaften und ihre Entwicklungsprobleme*, Lit, Münster, S. 33-34.
- ERNEGGER-DIARRA, HELGA  
1994 *Die Auswirkungen der Wanderarbeit auf die sozio-ökonomische Situation der Frauen. Fallbeispiel Samé (Region Kayes) in Mali*, Magisterarbeit, FB Sozialwissenschaften, Universität Mainz.
- GERHARDS, JÜRGEN  
2004 *Europäische Werte – passt die Türkei kulturell zur EU? «Aus Politik und Zeitgeschichte»*, 38, S. 14-20.  
2005 *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- GOWER, JACKIE  
2002 *U-Russian Relations and the Eastern Enlargement: Integration or Isolation?* in: ROSS, CAMERON, *Perspectives on the Enlargement of the European Union*, Brill, Leiden/Boston/Köln, S. 75-93.
- HALECKI, OSKAR  
1957 *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- HALLER, MAX  
1988 *Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – Eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie*, «Österreichische Zeitschrift für Soziologie», 13, S. 5-19.  
2003a *Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich*, 2. Aufl., Leske + Budrich, Opladen.  
2003b *Europe and the Arab-Islamic World. A Sociological Perspective on the Socio-Cultural Differences and Mutual (Mis)Perceptions Between Two Neighbouring Cultural Areas*, «Innovation», 16 (3), S. 285-311.  
2007 *European Integration as an Elite Process. The Failure of a Dream?* Routledge, London/New York.
- HALLER, MAX/HÖLLINGER, FRANZ  
1995 *Zentren und Peripherien in Europa. Eine Analyse und Interpretation der Verschiebungen zwischen dem ersten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts*, in: IMMERFALL, STEFAN/STEINBACH, PETER (Hrsg.), *Historisch-vergleichende Makrosoziologie: Stein Rokkan – der Beitrag eines Kosmopoliten aus der Peripherie*, «Historical Social Research - Historische Sozialforschung», Special Issue 2, Bd. 20, S. 4-54.
- HELLER, WILFRIED  
2001 *Grenzen in Europa – Betrachtungen und Konstruktionen in der Forschung*, in: HOLT-MANN, DIETER/RIEMER, PETER (Hrsg.), *Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung*, Lit Verlag, Münster, S. 171-211.
- HÖLLINGER, FRANZ  
1996 *Volksreligion und Herrschaftskirche: Die Wurzeln religiösen Verhaltens in westlichen Gesellschaften*, Leske + Budrich, Opladen.
- HOSKING, GEOFFREY  
2000 *Russland. Nation und Imperium 1552-1917*, Siedler, Berlin.
- IMMERFALL, STEFAN  
2006 *Europa – politisches Einigungswerk und gesellschaftliche Entwicklung. Eine Einführung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- JORDAN, TERRY G.  
1988 *The European Culture Area. A Systematic Geography*, Harper & Row, New York.
- KAELBLE, HARTMUT  
1997 *Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft*, in: HRADIL, STEFAN/IMMERFALL, STEFAN (Hrsg.), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Leske + Budrich, Opladen, S. 27-68.
- KASSINDA, FAUZIYA  
1998 *Niemand sieht dich, wenn du weinst. Die dramatische Lebensgeschichte einer jungen Afrikanerin*, Karl Blessing Verlag, München.
- KÖNIG, HELMUT/SICKING, MANFRED  
2005 (Hrsg.), *Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg*, transcript, Bielefeld.
- LANE, DAVID  
1990 *Soviet Society under Perestroika*, Unwin Hyman, Boston etc.
- LEWADA, JURI  
1992 *Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls*, Argon, Berlin.
- MAIER, CHARLES S.  
2002 *Does Europe Need a Frontier? From Territorial to Redistributive Community*, in: ZIELONKA 2002, S. 17-37.
- MAU, STEFFEN  
2006 *Die Politik der Grenze. Grenzziehung und politische Systembildung in der Europäischen Union*, «Berliner Journal für Soziologie», 16, S. 115-132.
- MEYER, THOMAS  
2004 *Die Identität Europas. Der EU eine Seele?*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- MILBORN, CORINNA  
2006 *Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto*. Das Schwarzbuch, Styria, Wien/Graz/Klagenfurt.
- MÜNCH, RICHARD  
1993 *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- NOIRIEL, GÉRARD  
1991 *La tyrannie du national. Le droit de l'asile en Europe (1793-1993)*, Calmann-Lévy, Paris.
- NUSCHELER, FRANZ/SCHMUCK, OTTO  
1992 (Hrsg.), *Die Süd-Politik der EG: Europas entwicklungspolitische Verantwortung in der veränderten Weltordnung*, Europa Union Verlag, Bonn.
- OHMAE, KENICHI  
1990 *The Borderless World*, Collins, London.
- RATZINGER, JOSEPH  
2005 *Die Einheit der Nationen. Eine Vision der Kirchenväter* (Orig. 1971), Verlag Anton Pustet, Salzburg/München.